

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/036(V)/11			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Montag, 27.06.2011	Ratssaal	16:00Uhr	18:15Uhr

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Öffentliche Sitzung

- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat

- | | | |
|------|--|-----------|
| 6.22 | Entscheidung über das Bestehen des öffentlichen Interesses am grundhaften Ausbau der Verkehrsanlage "Braunsfelde"
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0203/11 |
|------|--|-----------|

- | | | |
|------|--|-----------|
| 6.23 | Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 354-8 "Wohnbebauung westlich Frankefelde"
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0089/11 |
|------|--|-----------|

- 7 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

- | | | |
|-----|--|----------|
| 7.1 | Finanzierungssicherheit für Ratsbeschlüsse
Fraktion Bündnis 90/Die grünen
WV v. 27.01.11 | A0005/11 |
|-----|--|----------|

- | | | |
|-------|--|----------|
| 7.1.1 | Finanzierungssicherheit für Ratsbeschlüsse | S0063/11 |
|-------|--|----------|

7.2	Städtebauliches Gesamtkonzept Sudenburg-Süd Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! WV v. 03.03.11	A0016/11
7.2.1	Städtebauliches Gesamtkonzept Sudenburg-Süd	S0071/11
7.3	Keine Reptilienbörsen in städtischen Gebäuden Fraktion Bündnis 90/Die grünen WV v. 03.03.11	A0027/11
7.3.1	Keine Reptilienbörsen in städtischen Gebäuden Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0027/11/1
7.3.2	Keine Reptilienbörsen in städtischen Gebäuden	S0065/11
7.4	Umfrage zur Verbesserung der Wirtschaftsförderung FDP-Fraktion WV v. 31.03.11	A0036/11
7.4.1	Umfrage zur Verbesserung der Wirtschaftsförderung	S0088/11
7.5	Auswirkungen der Neuvergabe von Frequenzbereichen FDP-Fraktion WV v. 31.03.11	A0037/11
7.5.1	Auswirkungen der Neuvergabe von Frequenzbereichen	S0111/11
7.6	Sportsymposium II FDP-Fraktion WV v. 31.03.11	A0041/11
7.6.1	Sportsymposium II FDP-Fraktion	A0041/11/1
7.6.2	Sportsymposium II	S0080/11
	Neuanträge	
7.7	Umsetzung Anträge Handyparken Fraktion CDU/BfM	A0081/11
7.8	Aktualisierung des Magdeburger Märktekonzepts Fraktion CDU/BfM	A0082/11
7.9	Wettbewerbsinformationen für Vereine FDP-Fraktion	A0079/11

7.10	Sachstand zu Struktur und Zielen der Überarbeitung der Tourismuskonzeption FDP-Fraktion	A0080/11
7.11	Ökostrom in der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0086/11
7.11.1	Ökostrom in der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0086/11/1
7.12	Städtebund zum Magdeburger Recht Fraktion DIE LINKE	A0087/11
7.13	Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets Fraktion DIE LINKE	A0089/11
7.13.1	Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets FDP-Fraktion	A0089/11/1
7.14	Stipendien in der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0090/11
7.15	Spielplatz Stormstraße Fraktion CDU/BfM	A0091/11
7.16	Verlängerte Öffnungszeiten der Magdeburger Museen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0083/11
7.17	Förderung von Kunst am Bau Fraktion B90/Die Grünen	A0084/11
7.18	Generelle Prüfung zur Betreibung von Fotovoltaikanlagen Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	A0078/11
7.19	Touristische Vermarktung des Wasserstraßenkreuzes mit dem Schiffshebewerk Fraktion Bündnis 90/Die grünen	A0085/11
7.19.1	Touristische Vermarktung des Wasserstraßenkreuzes mit dem Schiffshebewerk Fraktion DIE LINKE	A0085/11/1
10	Informationsvorlagen	
10.1	Aktuelle Information zur Aufnahme ausländischer Flüchtlinge im Rahmen des Resettlement-Programms	I0094/11
10.2	Abarbeitung KP II - Maßnahmen	I0128/11

10.3	Sponsoringleistungen 2010 für die Landeshauptstadt Magdeburg	I0129/11
10.4	Politische Schwerpunkte für den Zeitraum bis 2015 in der Landeshauptstadt Magdeburg	I0135/11
10.5	Anfrage F0101/11 - Kein öffentlich zugänglicher Spielplatz auf dem Werder	I0149/11
10.6	Regelmäßige Berichterstattung zur Dachmarke Ottostadt Magdeburg	I0134/11

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst eröffnet die 37. (V) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll 56 Stadträtinnen/Stadträte

Oberbürgermeister 1

zu Beginn anwesend 29 “ “

maximal anwesend 42 “ “

entschuldigt 15 “ “

Persönliche Erklärung

Stadtrat Ansorge, Fraktion CDU/BfM, gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 1)**

Öffentliche Sitzung

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat

- 6.22. Entscheidung über das Bestehen des öffentlichen Interesses am grundhaften Ausbau der Verkehrsanlage "Braunsfelde" DS0203/11

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann bringt die Drucksache DS0203/11 ein und erläutert das geplante Bauvorhaben.

Stadtrat Ansorge, Fraktion CDU/BfM, nimmt zum geplanten Ausbau Stellung und merkt dabei u.a. an, dass er die vorgetragene Begründung des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann für nicht stichhaltig hält.
Er signalisiert seine Ablehnung zur vorliegenden Drucksache DS0203/11.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile unterstreicht die Argumente des Stadtrates Ansorge, Fraktion CDU/BfM. Er bezeichnet die vorliegende Drucksache DS0203/11 als problematisch und geht kritisch auf die Begründung der Drucksache ein.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann geht auf die Ausführungen des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile ein und macht erläuternde Ausführungen zum letzten Satz auf der Seite 4 der Begründung.

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE, verweist auf Irritationen im Ausschuss StBV zum geplanten Ausbau.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fordert den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann, dem Stadtrat die Belange der Allgemeinheit in dieser Frage zu erklären.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Stern verweist in diesem Zusammenhang auf die kritische Diskussion im Ausschuss zur Information I0078/11 und der daraus resultierenden Beauftragung an die Verwaltung. Er merkt weiterhin an, dass es auch an anderen Stellen derartige Probleme gibt.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg verweist auf die Grundsatzentscheidung des Stadtrates zu Straßenausbaumaßnahmen. In diesem Fall signalisiert er aber die Zustimmung zur Drucksache DS0203/11.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, verweist auf die schwierige Haushaltslage der Stadt und hält den Ausbau der Straße bei dem jetzigen Zustand für nicht notwendig.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann nimmt zu den in der Diskussion gemachten Ausführungen Stellung. Bezüglich der Anmerkung des Vorsitzenden des Ausschusses FG Stadtrat Stern zur I0078/11 geht er klarstellend auf den Umgang mit offenen Beiträgen ein.

Abschließend merkt der Vorsitzende der FDP-Fraktion an, dass man dem Bürgerwunsch, die Straße nicht auszubauen, folgen sollte und verweist ebenfalls auf die kritische Haushaltslage der Stadt. Er signalisiert für seine Fraktion die Stimmenenthaltung.

Nach kontroverser Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 14 Ja-, 10 Neinstimmen und 13 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 939-36(V)11

Der grundhafte Ausbau der Verkehrsanlage „Braunsfelde“ wird durchgeführt, da ein öffentliches Interesse im Sinne von § 2 Abs. 5 Straßenausbaubeitragssatzung an dieser beitragsauslösenden Maßnahme besteht.

6.23.	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 354-8 "Wohnbebauung westlich Frankefelde"	DS0089/11
-------	---	-----------

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 940-36(V)11

1. Gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 und § 2 Abs. 1 Satz 1 sowie § 13a BauGB soll für das Gebiet, welches umgrenzt wird:

im Norden durch die Nordgrenze des Flurstücks 10460,

im Osten durch die Ostgrenze des Flurstücks 10460, die Nord-, Ost- und Südgrenze des Flurstücks 10425, die Ostgrenze des Flurstücks 10462, die Nord-, Ost- und Südgrenze des Flurstücks 10422, die Westgrenzen der Flurstücke 10421 und 262/39, die Nord-, Ost- und Südgrenze des Flurstücks 280/39, die Ostgrenze des Flurstücks 10464

(teilweise), die Nord-, Ost- und Südgrenze des Flurstücks 605/39, die Ostgrenze des Flurstücks 10464 (teilweise), die Ostgrenze des Flurstücks 10465, die Ostgrenze des Flurstücks 10466 (teilweise), die Nord-, Ost- und Südgrenze des Flurstücks 39/6 und die Ostgrenze des Flurstücks 10466 (teilweise),

im Süden durch die Süd- und die Westgrenze des Flurstücks 10466, die Südgrenze des Flurstücks 10465 (teilweise) und die Südgrenze des Flurstücks 10350,

im Westen durch die West- und die Nordgrenze des Flurstücks 10350 und die Ostgrenzen der Flurstücke 10201 bis 10204, 38/42 und 35/13 (teilweise),

ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Alle Flurstücke befinden sich in der Flur 604.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

2. Es werden folgende Planungsziele angestrebt:

Es soll ein allgemeines Wohngebiet für die Errichtung von Einfamilienhäusern ausgewiesen werden.

Der Bebauungsplan wird aus dem wirksamen Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg entwickelt. Der betreffende Bereich ist als Wohnbaufläche dargestellt.

3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung durch 14-tägige Offenlegung des Aufstellungsbeschlusses, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten, im Stadtplanungsamt Magdeburg und durch eine Bürgerversammlung erfolgen. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass von einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB abgesehen wird.

7. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

7.1.	Finanzierungssicherheit für Ratsbeschlüsse	A0005/11
	Fraktion Bündnis 90/Die grünen	
	WV v. 27.01.11	

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erläutert die Intention des Antrages A0005/11.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 6 Jastimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 941-36(V)11

Der Antrag A0005/11 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Zur Sicherung der Finanzmittelbereitstellung für Beschlüsse des Hauptorgans der kommunalen Selbstverwaltung, welche auf Anträgen von Ratsmitgliedern oder der Fraktionen beruhen, werden 20 % aller überplanmäßigen Einnahmen des konsumtiven Haushaltes solange mit einer Haushaltssperre zur Mittelverwendung durch den Oberbürgermeister versehen, bis der Stadtrat über seine Verwendung beschlossen hat.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dem Ausschuss für Finanzen und Grundstücksverkehr zu jeder ordentlichen Sitzung des Ausschusses schriftlich darzulegen, welcher aktuelle Stand von Mehreinnahmen gegenüber der geltenden Haushaltssatzung und den zugrundeliegenden Einnahmeerwartungen zu verzeichnen ist.

Die Geschäftsordnung des Stadtrates in § 11(3) sowie bei Notwendigkeit auch die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg ist entsprechend zu ändern. –

wird **abgelehnt**.

7.2. Städtebauliches Gesamtkonzept Sudenburg-Süd

A0016/11

Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
WV v. 03.03.11

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV lehnt die Beschlussfassung ab.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg erklärt den Antrag A0016/11 mit der vorliegenden Stellungnahme S0071/11 für erledigt.

7.3. Keine Reptilienbörsen in städtischen Gebäuden

A0027/11

Fraktion Bündnis 90/Die grünen
WV v. 03.03.11

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss GeSo empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0027/11 und den Änderungsantrag A0027/11/1 ein.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/ BfM merkt an, dass er die Entwicklung auf diesem Reptilienmarkt für bedenklich hält und bezeichnet die Antragstellung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für nicht zielführend. Er verweist weiterhin auf das Tierschutzgesetz, in welchem die Haltungsbedingungen geregelt sind. Stadtrat Dr. Kutschmann vertritt die Auffassung, dass ein generelles Verbot nicht der Sache dient.

Der Vorsitzende des Ausschusses GeSo Stadtrat Ansorge begründet das Votum des Ausschusses mit dem Hinweis, dass dann die Gefahr eines Schwarzmarktes besteht.

Stadtrat Bartelmann, FDP-Fraktion, hält den Antrag A0027/11 ebenfalls für nicht zweckdienlich und signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, verweist in ihren Ausführungen auf die finanziellen Einbußen für das AMO Kultur- und Kongresshaus, wenn die Reptilienbörse dort nicht mehr stattfindet.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erläutert nochmals die Intention der Antragstellung

Stadtrat Rohrßen, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! sieht in der Beantragung keine negative Veränderung und spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Annahme des Antrages A0027/11 und des Änderungsantrages A0027/11/1 aus.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster hat Sorge, dass ein Verbot das illegale Geschäft befördert und plädiert dafür, die Börsen öffentlich zu lassen.

Abschließend geht Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen ein.

Gemäß Änderungsantrag A0027/11/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mit 16 Ja-, 15 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Der Antragstext wird wie folgt geändert:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, städtische Gebäude und die von städtischen Gesellschaften bewirtschafteten Gebäude für die Ausrichtung von sog. „Reptilienbörsen“ nicht mehr zur Verfügung zu stellen und darauf hinzuwirken, dass im Stadtgebiet Magdeburg auch keine „Börsen“ dieser Art mehr stattfinden.

Der Stadtrat **beschließt** mit 16 Ja-, 17 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 942-36(V)11

Der geänderte Antrag A0027/11 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, städtische Gebäude und die von städtischen Gesellschaften bewirtschafteten Gebäude für die Ausrichtung von sog. „Reptilienbörsen“ nicht mehr zur Verfügung zu stellen und darauf hinzuwirken, dass im Stadtgebiet Magdeburg auch keine „Börsen“ dieser Art mehr stattfinden. –

wird **abgelehnt**.

7.4. Umfrage zur Verbesserung der Wirtschaftsförderung

A0036/11

FDP-Fraktion
WV v. 31.03.11

Die Ausschüsse RWB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0036/11 ein. Er bittet darum, der Empfehlung der Stellungnahme S0088/11 zu folgen und im Beschlusstext zu formulieren: „Der Oberbürgermeister wird gebeten, **im Jahr 2012** eine Umfrage....“

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Nitsche informiert, dass am 29.06.11 von 16.00 – 18.30 Uhr ein Symposium im Rathaus zur Thematik statt findet.

Gemäß modifiziertem Antrag A0036/11 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 943-36(V)11

Der Oberbürgermeister wird gebeten:

1. im Jahr 2012 eine Umfrage unter Einbeziehung der gewerblichen Kammern und Branchenverbänden unter ca. 100 repräsentativ ausgewählten Magdeburger Unternehmen mit dem Ziel durchzuführen, Grundaussagen zur Verbesserung der Unternehmensansiedlungen und der Wirtschaftsförderung zu erhalten.

Schwerpunktkomplexe der Umfrage sollten dabei u. a. sein:

- Infrastrukturelle Lage (Verkehr, Medien, Flächen- und Bauleitplanung, usw.)

- Erfahrungen beim Kontakt mit der Verwaltung (Amt für Bauordnung und Denkmalschutz, Umweltamt, Wirtschaftsförderung u. a.)
 - Belastung durch kommunale Steuern
 - Belastung durch kommunale Abgaben und Gebühren.
2. Die einbezogenen Unternehmen sollen auch nach Wünschen und Anregungen befragt werden sowie eine Beurteilung abgeben, welche Standortfaktoren sich für sie „besonders positiv“ und „besonders negativ“ darstellen.
 3. Die Umfrage soll durch die Verwaltung selbst erfolgen und über die Ergebnisse soll der Stadtrat im IV. Quartal 2012 informiert werden. Dabei sind die abzuleitenden Konsequenzen für die weitere strategische Arbeit vorzustellen.

7.5. Auswirkungen der Neuvergabe von Frequenzbereichen

A0037/11

FDP-Fraktion
WV v. 31.03.11

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Hans-Jörg Schuster bringt den Antrag A0037/11 ein.

Stadtrat Ansorge, Fraktion CDU/BfM, merkt mit Hinblick auf das Theater der Landeshauptstadt Magdeburg an, dass diese neue Gesetzgebung bitter für viele städtische Einrichtungen ist.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch unterstützt die Ausführungen des Stadtrates Ansorge, Fraktion CDU/BfM und ergänzt, dass der Deutsche Bühnenverein schon sehr früh auf diese Problematik hingewiesen hat und sich in dieser Frage auch an die Bundesregierung gewandt hat.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Antrag A0037/11 der FDP-Fraktion einstimmig:

Beschluss-Nr. 944-36(V)11

Der Oberbürgermeister wird gebeten, den Stadtrat über die finanziellen, materiell-technischen und ggf. veranstaltungsorganisatorischen Auswirkungen der Neuvergabe der Frequenzbereiche auf alle betroffenen kommunalen Einrichtungen inkl. der Veranstaltungshäuser zu informieren und im II. Quartal 2011 eine entsprechende Übersicht vorzulegen. Diese Übersicht soll im FG und VW sowie den Gremien der betroffenen Einrichtungen beraten werden.

7.6. Sportsymposium II
FDP-Fraktion
WV v. 31.03.11

A0041/11

Die Ausschüsse BSS und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0041/11 ein und bringt den Änderungsantrag A0041/11/1 ein.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch nimmt zum Antrag A0041/11 Stellung und verweist darauf, dass es in dieser Frage eine gute anerkannte Basis gibt. Er kündigt an, über weitere Ergebnisse zu berichten.

Gemäß Änderungsantrag A0041/11/1 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der 1. Satz des Beschlusstextes wird wie folgt ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, im Rahmen der Erarbeitung der Sportentwicklungsplanung der Landeshauptstadt Magdeburg ein weiteres Sportsymposium durchzuführen.

Gemäß geänderten Antrag A0041/11 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 945-36(V)11

Der Oberbürgermeister wird gebeten, im Rahmen der Erarbeitung der Sportentwicklungsplanung der Landeshauptstadt Magdeburg ein weiteres Sportsymposium durchzuführen.

Dort soll „vor dem Hintergrund sich ändernder Rahmenbedingungen ...die Neubestimmung von Zielen und Aufgaben in Bezug auf darauf angepasste, multifunktional nutzbare Sportstätten und Bewegungsräume“ (siehe I0187/10, S. 31) diskutiert werden.

- 7.10. Sachstand zu Struktur und Zielen der Überarbeitung der Touris-
muskonzeption A0080/11
FDP-Fraktion
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0080/11 in die Ausschüsse VW, RWB und FG – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0080/11 wird in die Ausschüsse VW, RWB und FG überwiesen.

- 7.11. Ökostrom in der Landeshauptstadt Magdeburg A0086/11
Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
-

Es liegt der Änderungsantrag A0086/11/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! vor.

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0086/11 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! in die Ausschüsse VW, UwE und FG.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0086/11 wird in die Ausschüsse VW, UwE und FG überwiesen. Der vorliegende Änderungsantrag A0086/11/1 wird in die Beratungen mit einbezogen.

- 7.12. Städtebund zum Magdeburger Recht A0087/11
Fraktion DIE LINKE
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0087/11 in die Ausschüsse RWB, K und VW – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0087/11 wird in die Ausschüsse RWB, K und VW überwiesen.

Der Antrag A0089/11 wird in die Ausschüsse BSS, Juhi und FuG überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0089/11/1 der FDP-Fraktion wird in die Beratungen mit einbezogen.

7.14.	Stipendien in der Landeshauptstadt Magdeburg	A0090/11
	Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0090/11 in den Ausschuss RWB – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0090/11 wird in den Ausschuss RWB überwiesen.

7.15.	Spielplatz Stormstraße	A0091/11
	Fraktion CDU/BfM	

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0091/11 in den BA SFM und in die Ausschüsse Juhi, FuG und FG vor, der durch Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, um den Ausschuss StBV ergänzt wird.

Gemäß ergänztem GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0091/11 wird in den BA SFM und in die Ausschüsse Juhi, FuG, FG und StBV überwiesen.

7.16. Verlängerte Öffnungszeiten der Magdeburger Museen A0083/11

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0083/11 in den Ausschuss K vor, der durch den Vorsitzenden der FDP-Fraktion Hans-Jörg Schuster um den Ausschuss RWB ergänzt wird.

Gemäß ergänztem GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0083/11 wird in die Ausschüsse K und RWB überwiesen.

7.17. Förderung von Kunst am Bau A0084/11

Fraktion B90/Die Grünen

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0084/11 in die Ausschüsse StBV und K vor, der durch Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, um den Ausschuss FG ergänzt wird.

Gemäß ergänztem GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0084/11 wird in die Ausschüsse StBV, K und FG überwiesen.

7.18. Generelle Prüfung zur Betreibung von Fotovoltaikanlagen A0078/11

Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Stadtrat Stern, Mitglied im Ausschuss StBV, bringt den Antrag A0078/11 ein.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz nimmt zum Antrag A0078/11 Stellung und verweist darauf, dass die Verwaltung über die Solarbörse bereits am Markt ist. Er geht in seinen weiteren Ausführungen auf die Frage der Betreibung ein und plädiert dafür zu prüfen, ob es möglich ist oder nicht.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Hoffmann, Fraktion CDU/BfM, ob die Stadt Dachflächen vermieten könnte, merkt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann an, dass wenn Privatinvestoren kommen und ihre Fotovoltaikanlage bei der Stadt grundbuchlich sichern wollen, es dafür keine Genehmigung gibt. Er weist aber darauf hin, dass es genügend Dächer gibt, die die Stadt bereits vermarktet hat, wo auch Mieteinnahmen

realisiert wurden, wo private Investoren investiert haben, aber nicht über eine grundbuchliche Absicherung eines Kredits.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! verweist darauf, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag A0078/11 um einen Prüfauftrag handelt.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist darauf dass der Prüfauftrag die Frage klären soll, ob und wie es generell machbar ist. Er bittet um Zustimmung zum Antrag A0078/11.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann führt aus, dass der Prüfauftrag zu jedem Projekt um eine unbestimmte Summe freiwillig in der Planungsphase verteuert. Er stellt klar, dass dies im Moment die defizitäre Haushaltssituation der Stadt nicht zulässt.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich für die Annahme des Antrages A0078/11 aus. Er sieht darin einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz merkt an, dass seit der Einführung der Dachbörse sich die Rahmenbedingungen für die Betreuung von Fotovoltaikanlagen geändert haben. Er führt weiter aus, dass man grundsätzlich die Frage klären müsste, ob die Betreuung von Fotovoltaikanlagen von Privaten oder von der Stadt selbst erfolgen soll.

Stadtrat Frank Schuster, stellv. Vorsitzender des Ausschusses StBV, erläutert die Intention des Antrages A0078/11. Er stellt dabei klar, dass mit dem Antrag durch den StBV eine ohne statische Untersuchung oder zusätzliche Kosten zu erfolgende einfache Prüfung, ob der Aufbau einer Fotovoltaikanlage möglich ist oder nicht, verfolgt wird.

Abschließend verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf die Zusage des Bundes, 13 Milliarden Euro für Solaranlagen in Deutschland zur Verfügung zu stellen. Er verweist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Kosten von den Bürgern über den Energiepreis getragen werden müssen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Antrag A0078/11 des Ausschusses StBV einstimmig:

Beschluss-Nr. 946-36(V)11

Bei jedem neu zu sanierenden eigenen Gebäude insbesondere bei Schulen und Kindertagesstätten, stellt der EB KGm das Ergebnis einer Prüfung zur Betreuung einer Fotovoltaikanlage dar.

7.19.	Touristische Vermarktung des Wasserstraßenkreuzes mit dem Schiffshebewerk	A0085/11
Fraktion Bündnis 90/Die grünen		

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0085/11 ein. Er geht im Weiteren auf die Chronologie der Thematik ein und bittet um Zustimmung zum Antrag A0085/11. Er trägt den vorliegenden Änderungsantrag A0085/11/1 der Fraktion DIE LINKE mit.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, bringt den Änderungsantrag A0085/11/1 ein.

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Nitsche unterstützt den Antrag A0085/11 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und den Änderungsantrag A0085/11/1 der Fraktion DIE LINKE. Er bittet aber darum, bist zur Inbetriebnahme des Schiffshebewerk mit der Umsetzung des Antrages A0085/11 zu warten und sich erst danach mit der Frage des Konzeptes zu befassen. Herr Nitsche bittet darum, den Antrag A0085/11 und den Änderungsantrag A0085/11/1 bis zum IV. Quartal zurückzustellen.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0085/11 in den Ausschuss RWB. Er spricht sich dafür aus, dass sich die Regionale Planungsgemeinschaft mit dem Änderungsantrag A0085/11/1 befasst.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg spricht sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Antrag A0085/11 wird in den Ausschuss RWB überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0085/11/1 wird in die Beratung mit einbezogen.

Persönliche Erklärung

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gibt eine persönliche Erklärung ab.
(Anlage 2)

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper weist die in der persönlichen Erklärung gemachten Ausführungen des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als unwahr zurück und verweist auf seinen Sachstandsbericht im Förderverein.

10. Informationsvorlagen

Die vorliegenden Informationen unter TOP 10.1 – 10.6 werden zur Kenntnis genommen.

10.4.	Politische Schwerpunkte für den Zeitraum bis 2015 in der Landeshauptstadt Magdeburg	I0135/11
-------	---	----------

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt bezeichnet die vorliegende Information I0135/11 als nicht zufriedenstellend. Er merkt an, dass bisher nur 2 Fraktionen politische Schwerpunkte geliefert haben. Er bittet die Vorsitzenden der Fraktionen sich zusammenzusetzen, um zu klären, wie man weiter mit dieser Frage umgeht.

10.6.	Regelmäßige Berichterstattung zur Dachmarke Ottostadt Magdeburg	I0134/11
-------	---	----------

Stadträtin Meinecke, Linke, nimmt zur vorliegenden Information I0034/11 Stellung und bemerkt, dass die Informationsvorlage als Halbjahresbericht betitelt wurde, jedoch die Budgetsituation nur bis zum 28.04.2011 in der Anlage 2 erläutert wird.

Des Weiteren sind 161.436 Euro als Mehrausgaben ersichtlich, im Gegensatz zu den benannten überschrittenen Mitteln in Höhe von 110.000 Euro im Jahre 2010.

Ferner bemängelt sie eine bisher zu geringe Berücksichtigung der Magdeburger Firmen bei der Auftragsvergabe in 2011.

Zu dem ist Stadträtin Meinecke der Meinung, dass die Gespräche mit den Sponsoringpartnern für die Jahre 2011/2012 am Jahresanfang und nicht erst im Juni 2011 hätten stattfinden müssen.

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Nitsche nimmt zu den Ausführungen der Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, Stellung. Er weist darauf hin, dass es sich um keine tagaktuelle Information handelt, da die Einbringung von Drucksachen in den Stadtrat zeitintensiv ist und eines durch den Stadtrat geforderten Zeitvorlaufes bedarf.

Auf Grundlage des Prüfungsberichtes des Rechnungsprüfungsamtes ist die Budgetüberschreitung in Höhe von 110.000 Euro korrekt.

Des Weiteren führt er aus, dass man erst zum Jahresende eine Gesamtbilanz über die Auftragsverteilung an Firmen ziehen kann.

Jedoch werde man besonders im Sommer größere Aktionen an Magdeburger Firmen übertragen.

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Nitsche informiert, dass permanent Sponsoringgespräche mit den bisherigen Unternehmen geführt werden. Lediglich jetzt finden die Gespräche mit zukünftigen neuen Sponsoren statt, diese wurden an Hand einer großen Briefaktion um Beteiligung gebeten.

Hinzufügend informiert Herr Nitsche über den allgemeinen Sachstand zur Ottostadt- Kampagne. An Hand von mehreren Beispielen macht er deutlich, wie gut die Kampagne bei der Bevölkerung angenommen wird.

Auch überregional wurde Magdeburg unter anderem als Musical- und Studienort beworben, was auch in den Medien publiziert wurde.

Insgesamt ist die aktive Phase des Projektes 2012 beendet, jedoch dauert der Erfolgsprozess in ganz Deutschland mehrere Jahre.

Herr Nitsche gibt ein Vorausblick auf das Urlaubsprojekt Namens „Otto klebt“ im Sommer.

Am Ende seiner Ausführungen weist er auf den Firmenstaffellauf am 07. Juli 2011 hin, hier wird ebenfalls die Ottostadt- Kampagne eine bedeutende Rolle spielen.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, fragt nach, ob in dem tatsächlichen Mehrverbrauch von 110.000 Euro die Sponsoringmittel in Höhe von 75.400 Euro enthalten sind.

Des Weiteren fragt Stadträtin Meinecke, warum die bereits erwähnte Briefaktion nicht am Anfang des Jahres erfolgte.

Sie ergänzt, dass laut Radiobericht der Otto- Zug von der Bevölkerung nicht angenommen wird.

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Nitsche geht auf die aufgeworfenen Fragen der Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, ein.

Er begründet u.a. die Terminwahl der Briefaktion mit der Umsetzung der geplanten Projekte. Im Juni konnte man den angeschriebenen Unternehmen von den bisher erfolgreich durchgeführten Projekte des Frühjahres berichten.

Er führt an, dass die geringe Nutzung des Zuges im Zusammenhang mit den Fahrzeiten liegt. Die Fahrzeiten werden in Zusammenarbeit mit der Bahn überprüft und optimaler verändert. Außerdem ist geplant für die Benutzung des Zuges in Universitäten, Kammern und Verbänden zu werben.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Wübbenhorst
Vorsitzende des Stadtrates

Silke Luther
Protokollantin

Anlage 1 – Persönliche Erklärung des Stadtrates Ansorge, Fraktion CDU/BfM

Anlage 2 – Persönliche Erklärung des Stadtrates Canehl, Bü90/Grüne zum TOP 7.19

Anwesend:

Vorsitzende/r

Wübbenhorst, Beate

Mitglieder des Gremiums

Ansorge, Jens

Bartelmann, Gregor

Biedermann, Ursula

Bock, Andreas

Boeck, Helga

Boeck, Hugo

Bromberg, Hans-Dieter

Canehl, Jürgen

Giefers, Thorsten

Guderjahn, Marcel

Hein, Rosemarie Dr.

Heller, Werner

Herbst, Sören Ulrich

Hitzeroth, Jens

Hoffmann, Michael

Höroid, Helmut Dr.

Krause, Bernd

Kutschmann, Klaus Dr.

Meinecke, Karin

Meyer, Steffi

Müller, Oliver

Nordmann, Sven

Pott, Alexander Prof.Dr.

Reppin, Bernd

Rohrßen, Martin

Rösler, Jens

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schoenberger, Hilmar

Schumann, Carola

Schuster, Frank

Schuster, Hans-Jörg

Stage, Mirko

Stern, Reinhard

Theile, Frank

Tietge, Lothar

Trümper, Lutz Dr.

Wähnelt, Wolfgang

Westphal, Alfred

Zimmer, Monika

Geschäftsführung

Luther, Silke

Abwesend

Bork, Jana

Budde, Andreas

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Gärtner, Matthias

Grünwald, Mario

Hans, Torsten
Heynemann, Bernd
Hofmann, Andrea
Kraatz, Daniel
Lischka, Burkhard
Schumann, Andreas
Schwenke, Wigbert
Siedentopf, Uta
Szydzick, Claudia
Wendenkampf, Oliver A. Dipl. Biol.